

N i e d e r s c h r i f t

HFA/049/2009

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 22.09.2009**

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder SPD Bürgermeisterin

Mitglieder:

Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied
Herr Norbert Dörnhoff	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Frank Hemelt	SPD	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Herr Anton van Wanrooy	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Wilp	CDU	Ratsmitglied

Vertreter:

Herr Hermann-Josef Kohnen	CDU	Vertretung für Herrn Christian Kaisel
Herr Günter Löcken	SPD	Vertretung für Herrn Günter Thum

Herr Eckhard Roloff	SPD	Vertretung für Herrn Karl-Heinz Brauer
Frau Annette Tombült	CDU	Vertretung für Herrn Raphael Bögge

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter
Herr Werner Lütke-meier	Kämmerer
Herr Heinz Hermeling	Fachbereichsleiter FB 7
Frau Michaela Hövelmann	Pressereferat
Herr Michael Vogelsang	Schriftführer

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder:

Herr Raphael Bögge	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Christian Kaisal	CDU	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Günter Thum	SPD	Ratsmitglied

Verwaltung:

Frau Ute Ehrenberg	Beigeordnete
--------------------	--------------

Frau Dr. Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils berichtet Frau Dr. Kordfelder, dass der Tagesordnungspunkt 4 – Interkommunales Gewerbegebiet „Holsterfeld-Ost“ aus datenschutzrechtlichen Gründen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung beraten werden müsse. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 48 über die öffentliche Sitzung am 08. September 2009

00:01:36

Herr Lütkeemeier bittet zum Tagesordnungspunkt 7 „Berichtswesen 2009; Stich-tag 31.05.2009 – Zentrale Finanzleistungen“ den letzten Satz des Protokolls durch folgenden Passus zu ersetzen:

Die Steuerfestsetzungen lägen derzeit 5,2 Mio. Euro unter dem Haushaltsansatz von 27,2 Mio Euro. Es sei aber noch mit zusätzlichen Steuerfestsetzungen aus Abrechnungen der Finanzverwaltung für 2008 zu rechnen. Gleichwohl gehe er davon aus, dass der Haushaltsansatz nicht mehr zu erreichen sei.

Weiter Änderungs- oder Ergänzungswünsche werden zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift nicht vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 08. September 2009 gefassten Beschlüsse

00:02:25

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien.

3. Informationen

00:02:48

3.1. Sachstandsbericht "energetische Umstellung der Straßenbeleuchtung" - Antrag der CDU-Fraktion vom 11.09.2009

Frau Dr. Kordfelder informiert über den am 11. September 2009 um 12:28 Uhr eingegangenen Antrag der CDU-Fraktion zur heutigen Tagesordnung. Die CDU-Fraktion bittet um einen Sachstand zur Umstellung der Straßenbeleuchtung in Verbindung einer Neufassung zur Nachtabschaltung. Da die Tagesordnung zum Zeitpunkt des Emaileingangs bereits erstellt worden war, konnte der Punkt nicht mehr aufgenommen werden. Die Verwaltung habe sich jedoch dazu entschieden, unter diesem Tagesordnungspunkt einen aktuellen Sachstand abzugeben.

Herr Kuhlmann verliest folgende Informationen:

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat einen Wettbewerb ausgelobt. Er trägt den Titel: Kommune im neuen Licht.

Ich habe den Fraktionen jeweils ein Exemplar der Bekanntmachung ausgehändigt und würde im weiteren auf die Broschüre verweisen wollen.

Mit diesem Wettbewerb will der Bund die Entwicklung der LED Technik für den Einsatz als Allgemeinbeleuchtung fördern. Der Bund ist der Ansicht, dass diese Technik auf Grund der positiven Auswirkung auf die Umwelt (Lebensdauer, Energieverbrauch, Flexibilität, Entsorgung , Wartung etc.) sich in den nächsten Jahren am Markt durchsetzen kann und unterstützt diese Einführungsphase mit dem Wettbewerb.

Gegenstand der Förderung ist sowohl die Innenbeleuchtung von Gebäuden als auch die Außenbeleuchtung.

Dabei geht es in dem Wettbewerb zunächst um die Anfertigung eines innovativen Konzeptes für die Kommunen im Umfang von 20 Din A 4 Seiten, das dann – sofern eine positive Förderentscheidung getroffen wird – in bis zu 10 Einzelfällen mit bis zu 2 Mio Euro (100 % Förderung) umgesetzt werden kann.

Wir haben uns in Abstimmung mit TBR, EWR, Stadtwerke und EWG entschlossen, uns am dem Wettbewerb zu beteiligen. Zurzeit versichern wir uns der Unterstützung von Herrn Prof. Kuipers von der FH Hagen, der für die Aufstellung des Konzeptes begleiten soll. Gleichzeitig ist ein regionales Planungsbüro eingeschaltet worden.

In dem Wettbewerb sind folgende Kriterien - im wahrsten Sinne des Wortes - zu beleuchten:

- Planung der konkreten Beleuchtungssituation
- Effizienzbetrachtung beim Betrieb der neuen LED-Beleuchtungslösung

- Technologische Ausführung, insbesondere Ausnutzung der spezifischen Charakteristika der LED-Technologie, z.B. die Möglichkeit der Lichtsteuerung
- Verträglichkeit mit geltenden Richtlinien
- Einbeziehung des Beleuchtungskonzepts in allgemeine planerische Randbedingungen
- Akzeptanzfragen in der Bevölkerung
- Allgemeine Kosten-Nutzen-Betrachtung aus kommunaler Sicht (z.B. interkommunale Wettbewerbsfähigkeit)
- Gestaltung von Geschäftsprozessen, die Investitionen für weitere Installationen energieeffizienter Beleuchtungslösungen erleichtern, z. B. durch Entwicklung neuer Finanzierungswerkzeuge bzw. Geschäftsmodelle (z. B. Contracting-Lösungen)
- Sicherstellung der Umsetzung (z. B. durch die Einbindung lokaler Akteure) innerhalb von 18 Monaten
- Beiträge Dritter (auch finanzielle) im Rahmen einer Public-Private-Partnership;
- Aufbau, Entwicklung und Organisation geeigneter kommunaler Strukturen, z. B. durch geeignete Dienstleistungen
- Übertragung und Bereitstellung von Erfahrungen für andere Städte bis zu fünf Jahre nach Fertigstellung.

Was sind die nächsten Schritte?

Ich habe heute den Kreis Steifurt um Unterstützung in der Sache gebeten, da ich glaube, dass aufgrund des Fördervolumens nicht nur die Stadt Rheine von der Förderung profitieren könnte, sondern der Kreis insgesamt. Auch – vgl. die o.a. Punkte – halte ich dies für ein Thema, das erst in der interkommunalen Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen erst seinen wahren Wert entfaltet.

Die West, die diese Anregung gerne aufgreift, wird nun in Abstimmung mit Herr Prof. Kuipers das Thema kreisweit abstimmen wollen und zu einem ersten Koordinierungsgespräch einladen. Auch wird man am 29.09. ein gemeinsames Gespräch mit einem Betreiber von

Infrastrukturleistungen suchen, um Mehrwerte aufzuspüren. So eignen sich die projektierten Leuchten auch für Breitbanddienste etc.

Zum Thema Nachtabstaltung bitte ich um Zurückstellung dieser Anfrage, da nach meiner Vorstellung auch die Lösung der von der CDU dargelegten Problemstellung in dem Wettbewerb bearbeitet werden kann. Gerade das – umfangreich diskutierte – Thema Nachtabstaltung eröffnet gute Chancen für einen erfolgreichen Wettbewerbsbeitrag, da die Akzeptanz in der Bevölkerung hohe Bedeutung hat.

Ich bitte um zustimmende Behandlung dieses Vorschlages.

Herr Niehues teilt mit, dass seine Fraktion eine Lösung in diesem Jahr angestrebt habe, dennoch sei sie mit der Zurückstellung des Antrags vorerst einverstanden und das Ergebnis des Wettbewerbs abzuwarten.

Für die CDU-Fraktion stehe jedoch fest, dass eine dauerhafte Beibehaltung der alten Regelung zur Nachtabstaltung keine Akzeptanz finde. Das Thema sei noch nicht abgeschlossen auch wenn heute kein Beschluss gefasst werde.

In Ergänzung dazu informiert Frau Dr. Kordfelder darüber, dass Herr Schulte-de Groot in der Verwaltungsvorstandssitzung am 14. September 2009 berichtet habe, dass die Katasterisierung der vorhandenen Straßenbeleuchtung nahezu abgeschlossen sei. Zz. liefen verschiedene Tests bezüglich der neuen Straßenbeleuchtung.

3.2. Informationen über die Entwicklung der städtischen Finanzen

Herr Lütkeemeier verliest folgende Informationen über die Entwicklung der städtischen Finanzen:

Schon in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 16. Juni 2009 hatte ich Sie über die Auswirkungen der Mai-Steuerschätzung auf den städtischen Haushalt informiert. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der regionalisierten Steuerschätzung und der inzwischen vorliegenden neuen Orientierungsdaten des Landes ergeben sich für 2010 gegenüber der bisherigen Finanzplanung nun Mindererträge beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in Höhe von 4,2 Mio. Euro.

In der Ratssitzung am 30. Juni 2009 hatte ich Sie über das vom Innenministerium NRW herausgegebene Eckpunktepapier zum Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2010 informiert. Die Auswirkungen für die Stadt Rheine ließen sich daraus seinerzeit allerdings nur ansatzweise beschreiben.

Die Landesregierung hat nun am 09. September 2009 im Rahmen der Einbringung des Entwurfes des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) 2010

in den Landtag auch eine 1. Proberechnung hierzu herausgegeben. Danach ergibt sich bei den Schlüsselzuweisungen für die Stadt Rheine gegenüber der Festsetzung für dieses Jahr (27,4 Mio. Euro) ein Betrag von 28,7 Mio. Euro und damit eine Verbesserung von 1,3 Mio. Euro. In der Finanzplanung waren für 2010 allerdings 29,9 Mio. Euro vorgesehen. Im Vergleich zur 1. Proberechnung ergibt das Mindererträge in Höhe von 1,2 Mio. Euro. Diese fallen aber gegenüber den Annahmen im Juni nun deutlich geringer aus. Das liegt zum einen daran, dass die Steuerkraftzahlen der Stadt Rheine im GFG 2009 deutlich über dem Landesdurchschnitt lagen – was seinerzeit zu einem deutlichen Rückgang der Schlüsselzuweisungen im Vergleich zu 2008 führte – und sich die Situation im GFG 2010 wieder gewendet hat: die Steuerkraftzahlen der Stadt Rheine haben sich - unerwartet – schlechter entwickelt als im Landesdurchschnitt.

Unter Berücksichtigung des für 2010 im bisherigen Finanzplan ausgewiesenen Fehlbedarfes von 7,9 Mio. Euro würde sich infolge der o.a. Umstände bei sonst unveränderten Rahmenbedingungen der Fehlbedarf bereits auf 13,3 Mio. Euro erhöhen.

In den oben angesprochenen Sitzungen hatte ich Sie auch bereits über die Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens informiert. Die letzte Information habe ich Ihnen hierzu in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 08. dieses Monats gegeben. Ich hatte darauf hingewiesen, dass die Steuerfestsetzungen für das laufende Jahr noch 5,2 Mio. Euro unter dem geplanten Haushaltsansatz von 27,2 Mio. Euro lagen; auch wenn Abrechnungen der Finanzverwaltung für 2008 noch in nennenswertem Umfang zu erwarten seien, sei davon auszugehen, dass der Haushaltsansatz deutlich unterschritten werde. In dem Zusammenhang hatte ich schon den Blick auf 2010 gelenkt und darauf aufmerksam gemacht, dass der im Finanzplan mit 28,3 Mio. Euro vorgesehene Ansatz auf keinen Fall haltbar sei und in der bevorstehenden Aufstellung des Haushaltsentwurfs für 2010 auf jeden Fall erheblich reduziert werden müsse. Aus heutiger Sicht ist eine Reduzierung um unter 5 Mio. Euro kaum noch vorstellbar. Das hätte dann einen Fehlbedarf von 18,3 Mio. Euro zur Folge.

Weitergehende nicht kompensierbare Belastungen für den städtischen Haushalt sind vorgezeichnet, deren konkrete Auswirkungen augenblicklich allerdings noch nicht beziffert werden können. Nach den der Verwaltung vorliegenden Informationen ist in den Haushalten des Kreises und des Landschaftsverbandes mit weiter deutlich steigenden Aufwendungen im Sozialbereich zu rechnen, die letztlich über die Kreisumlage die Städte und Gemeinden des Kreises treffen werden.

Die Stadt Rheine kommt damit – wie viele andere Kommunen – infolge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise in eine sehr schwierige, in ihrer Ausprägung und Wirkung bisher noch nie da gewesene, Finanzkrise. Deshalb wurde als erste und wichtigste Maßnahme bereits ein grundsätzlicher Finanzierungsvorbehalt angeordnet, der für alle Projekte, Maßnahmen und Entscheidungen gilt, deren Finanzierung durch die derzeitige Haushalts- und Finanzplanung nicht abgesichert ist. Ich empfehle, finanziell abgesicherte, aber noch nicht begonnene neue Maßnahmen und Projekte (mit Ausnahme der Projekte im Rahmen des Konjunkturpaktes II) ab sofort ei-

ner ausdrücklichen Freigabeentscheidung durch den Haupt- und Finanzausschuss zu unterstellen.

Frau Dr. Kordfelder ergänzt, dass das Thema Finanzen ebenfalls in der Hauptverwaltungsbeamtenkonferenz am 8. September 2009 behandelt wurde. Der Landrat sowie der Kreiskämmerer seien auf die Situation des Kreises eingegangen. Die von Herrn Lütkeemeier beschriebene Situation in Rheine zeichne sich gleichermaßen beim Kreis sowie bei allen anderen kreisangehörigen Kommunen ab. Diese Probleme seien nicht hausgemacht, sondern bei allen Kommunen zu beobachten. Sie verweist auf eine Presseveröffentlichung zum Defizit der Stadt Münster. Dort fehlten bereits jetzt 79 Millionen Euro. Aufgrund der gesunkenen Einnahmen aus der Gewerbesteuer sowie der zusätzlichen Ausgaben im Sozialhilfebereich könnten die Planwerte der Kommunen nicht eingehalten werden, so Frau Dr. Kordfelder abschließend.

Alle Fraktionen bedanken sich für die ausführlichen Informationen über die Entwicklung der städtischen Finanzen. Es ist deutlich geworden, dass die Haushaltsplanaufstellung und die Haushaltsplanberatungen für 2010, insbesondere der Ergebnisplan, äußerst schwierig sein werden.

Auf Vorschlag von Herrn Ortel die Problematik in einer der nächsten Strategie- und Finanzkommissionen zu behandeln, erwidert Frau Dr. Kordfelder, dass dieses Gremium als erstes beratendes Gremium nicht das Adäquate sei. Sie führt aus, dass die Verwaltung dem neuen Rat Vorschläge zum weiteren Verfahren dieser Problematik machen werde.

Nach einer ausführlichen Diskussion aller Fraktionen nimmt der Haupt- und Finanzausschuss die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis.

4. Interkommunales Gewerbegebiet "Holsterfeld-Ost" hier: Ausbau des südlichen Knotenpunktes

Der Tagesordnungspunkt ist vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt worden.

5. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

00:31:59

Es liegen keine Eingaben vor.

6. Einwohnerfragestunde

00:32:04

Es folgen keine Wortmeldungen.

7. Anfragen und Anregungen

00:32:13

Es folgen keine Wortmeldungen.

Ende des öffentlichen Teils: 17:40 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Michael Vogelsang
Schriftführer